

<i>Einleitung: Vorklärungen und Voruntersuchungen</i>	11
I. Zur Konzeption und Operationalisierung von Demokratie	11
1. Die irreführende Alternative von repräsentativer und plebiszitärer Demokratie	11
2. Die Alternative von rezeptiv-repräsentativer und konsultativ-repräsentativer Demokratie	13
3. Beratungsmedien und Beratungsdimensionen	17
4. Die Alternative von rezeptiv-repräsentativem und konsultativ-repräsentativem Klima	19
II. Zur Konzeption und Operationalisierung von innerparteilicher Demokratie	21
1. Alternativen innerparteilicher Demokratie	21
2. Beratungsmedien, Beratungsdimensionen und innerparteiliches Klima	22
III. Zur Verschränkung von innerparteilicher und gesellschaftlich-staatlicher Demokratie	23
1. Repräsentierte und Repräsentanten – berufene und unberufene Sprecher	24
2. Zur Beschränkung des Untersuchungsgegenstands und zur Quellenbasis	25
3. Parteiinnenpolitik und Parteiaußenpolitik	26
IV. Zur Grundverfassung des westdeutschen Klimas der ersten Nachkriegsjahre	27
 <i>Erster Teil: Demokratie in der Sozialdemokratie</i>	
I. Grundlagen des Beratungsverhältnisses zwischen sozialdemokratischen Repräsentierten und Repräsentanten – Grundströmungen des innerparteilichen Klimas	29
1. Das volksparteiliche und arbeiterparteiliche Selbstverständnis im Banne der Parteitradition	29
2. Das rigorose und elastische Prinzip der Parteigeschlossenheit	38
3. Zur Fundierung des rigorosen Geschlossenheitsprinzips durch organisatorische und programmatische Abgeschlossenheit vom Kommunismus	43

4. Die Selbsteinschätzung von Repräsentierten gegenüber Repräsentanten	46
5. Die Selbsteinschätzung von Repräsentanten gegenüber Repräsentierten	48
6. Hauptlinien der innerparteilichen Programm- und Bildungsarbeit	50
a) Die allgemeine Unterentwicklung von Programm- und Bildungsarbeit	51
b) Bildungsarbeit als Einübung von programmatischer Geschlossenheit und der Widerspruch zum volksparteilichen Selbstverständnis	54
c) Programmatische Grundsatzfragen als Domäne von Spezialrepräsentanten – Das Beispiel der Religions- und Kirchenpolitik	56
II. Zur instrumentellen und klimatischen Bedeutung von innerparteilicher Beratungspraxis	63
1. Beratungsimpulse, Beratungsergebnisse und Beratungsprozeduren	63
2. Zur Typisierung von Beratungsimpulsen	64
a) Akklamative Impulse (Antragstyp I)	65
b) Stimulative Impulse (Antragstypen II–IV)	66
III. Akklamative/stimulative Bundesparteitagsträger 1946–1966 und innerparteiliches Klima	69
1. Zur quantitativen Verteilung akklamativer und stimulativer Impulse	70
2. Zur quantitativen Verteilung akklamativer und stimulativer Impulse auf Parteiaußenpolitik und Parteiinnenpolitik	73
3. Zur quantitativen Verteilung akklamativer und stimulativer Impulse auf parteiaußenpolitische Themenfelder	78
4. Die quantitative Verteilung akklamativer und stimulativer Impulse als Indiz der Beratungsaktivität zwischen Bundesparteitagen	82
IV. Latente Akklamation 1946–1966 und innerparteiliches Klima	84
1. Zum quantitativen Verhältnis zwischen Antragstellern und Nicht-Antragstellern	84
2. Zur Unstetigkeit von Antragstellern	88
V. Beratungsergebnisse 1946–1966 und innerparteiliches Klima	89
1. Mißerfolge dissentierender Stimulation (Antragstyp IV)	90
2. Erfolge dirigierender Stimulation (Antragstyp III)	92
a) Parteiaußenpolitik	92
b) Parteiinnenpolitik	94
VI. Beratungsprozeduren 1946–1966 und innerparteiliches Klima	100
1. Beratungsprozeduren auf Bundesparteitagen	102
2. Das Zusammenspiel von „Partei“ und „Fraktion“ in der Geschlossenheitsrhetorik von Repräsentanten	106

3. Beratungsprozeduren im innerparteilichen Instanzengefüge zwischen Bundesparteitag	107
a) Der Instanzenzug innerparteilicher Führungsgremien	108
b) Innerparteiliche Führungsgremien als Akklamationsinstanzen	110
c) Instanzen im Hintergrund innerparteilicher Führungsgremien	115
4. Der Widerstand gegen Beratungsprozeduren und das Prinzip der Parteigeschlossenheit	119
VII. Spektakuläre Durchbrechungen des Geschlossenheitsprinzips und innerparteiliches Klima	
– Die Auseinandersetzung mit der „Anderen Zeitung“ (1955/56) und mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (1958/61)	122
1. Beratungsinitiativen	123
2. Beratungsergebnisse	127
3. Rigorose Ausschluß- und Abgrenzungsprozeduren	127
Zusammenfassung (1): Das Klima in der Sozialdemokratie	
	129
<i>Zweiter Teil: Demokratie durch die Sozialdemokratie</i>	
Zusammenfassung (2): Innerparteiliches Klima und bundesrepublikanisches Klima	
	131
I. Die SPD als interventionistische Opposition	132
1. Interventionistische Opposition, Nachkriegslage und allgemeine Oppositionsvoraussetzungen	132
2. Zur instrumentellen und klimatischen Bedeutung von Opposition	134
II. Der Interventionismus berufener Oppositionssprecher und das Oppositionsprofil	135
1. Aufbauphase: Konfliktorischer Interventionismus und intransigente Kompetition (1946–1955)	135
2. Zwischenphase: Kooperativer Interventionismus und intransigente Kompetition (1955–1959/60)	139
3. Endphase: Adaptiver Interventionismus und intransigente Kollaboration (1959/60–1966)	142
III. Die Präsenz unberufener Oppositionssprecher und das Oppositionsprofil	145
1. Bundestagswahlkämpfe	147
2. Bündnis- und Rüstungspolitik	150
3. Wirtschafts- und Sozialpolitik	155
4. Religions- und Kirchenpolitik	158
Zusammenfassung (3): Oppositionsprofil und bundesrepublikanisches Klima	
	162

IV. Grundorientierungen interventionistischer Opposition	162
1. Die Fixierung auf den „demokratischen Stil“ berufener Regierungssprecher	163
2. Die Fixierung auf den Wahlakt	166
a) Koalitions- und Wahlorientierung	166
b) Wahlrechtsorientierung	169
c) Das Verständnis des Wahlakts	171
3. Die Fixierung auf das Parlament	173
a) Außerparlamentarische und parlamentarische Kampfmittel in der Mitbestimmungsfrage	176
b) Außerparlamentarische und parlamentarische Kampfmittel in der Wiederaufrüstungs- und Bündnisfrage	180
c) Außerparlamentarische und parlamentarische Kampfmittel in der Atomrüstungsfrage	184
4. Die Fixierung auf den sozialen Rechtsstaat	188
a) Demokratie als allgemeine Rechtssicherheit	189
b) Demokratie als Grundrechtssicherheit	192
c) Die materielle Grundlegung allgemeiner Rechtssicherheit und spezieller Grundrechtssicherheit	196
d) Die Betonung allgemeiner Rechtssicherheit und die Beschränkung grundrechtlicher Freiheiten – Das Beispiel der Strafrechtsreform 1950–1951 und der Notstandsgesetzgebung 1960–1966	202
5. Die Fixierung auf innerparteiliche Schulung, (Volks-) Schule und Bildungsökonomie	213
Zusammenfassung (4): Oppositionelle Grundorientierungen und bundesrepublikanisches Klima	224
<i>Dritter Teil: Hindernisse konsultativ-repräsentativer Demokratie in der SPD und durch die SPD</i>	226
I. Das unreflektierte Demokratieverständnis als Hindernis	226
1. Demokratie in der SPD als Selbstverständlichkeit	227
2. Das Denken in den Kategorien gesellschaftlich-staatlicher Demokratie	228
II. Der unpräzise Realitätsbezug als Hindernis	232
III. Das rigorose Geschlossenheitsprinzip als Haupthindernis	234
1. Rezeptiv-repräsentative Demokratie in der SPD – Varianten der Anerkennung rigoroser Geschlossenheit	234
2. Rezeptiv-repräsentative Demokratie durch die SPD – Die Anerkennung rigoroser Geschlossenheit am Beispiel oppositioneller Parlamentsfixierung	238
IV. Zum Abbau von Hindernissen konsultativ-repräsentativer Demokratie auf dem Hintergrund sozial-strukturellen Wandels	243

Zusammenfassung (5): Reflexe und Indizien rezeptiv-repräsentativer Prägung bundesrepublikanischer Demokratie	248
<i>Nachbetrachtung: Ein Konsultationsansatz der Parteien- und Demokratieforschung</i>	255
I. Zur Annahme von Konsultationsspielräumen in kapitalistischen Repräsentativsystemen	255
II. Zur Erweiterung und Differenzierung des innerparteilichen Problemspektrums	257
III. Zur Bilanz innerparteilicher Konsultationsbeziehungen	259
IV. Zur Bedeutung des Prinzips der Parteigeschlossenheit	260
V. Zur Verschränkung innerparteilicher und gesellschaftlich-staatlicher Demokratie	261
<i>Verzeichnis der verarbeiteten Quellen und Literatur</i>	265
<i>Anhang</i>	275
<i>Personenregister</i>	281
<i>Sachregister</i>	284
 <i>Schaubilder</i>	
Schaubild 1: Bundesparteitagsanträge 1946–1966 Prozentuale Anteile von Anträgen der Antragstypen I–IV	71
Schaubild 2: Bundesparteitagsanträge 1946–1966 Zahlenmäßige Anteile von Anträgen unterschiedlichen Anspruchsniveaus (Antragstypen I–IV) nach zeitlichen Phasen	72
Schaubild 3: Bundesparteitagsanträge 1946–1966 Prozentuale Anteile von Anträgen der Antragstypen I–IV an Parteiaußenpolitik und Parteinnenpolitik	74

Schaubild 4: Bundesparteitageanträge 1946–1966 Prozentuale Anteile aller Anträge an Parteiaußenpolitik und Parteiinnenpolitik	75
Schaubild 5: Bundesparteitageanträge 1946–1966 Prozentuale Anteile von Anträgen der Antragstypen I–IV an den wichtigsten Themenfeldern der Parteiaußenpolitik	80
Schaubild 6: Bundesparteitageanträge 1946–1966 Verteilung von Anträgen unterschiedlichen Antragstyps auf Antragsteller unterschiedlicher Kategorien	86